

Kammerer Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Ersteinst täglich.
Bezugspreis für die Woche vom 5. bis 10. November
120 Millionen M., halbes Jahr in der Druckerei od. Zustellung
an die Zeitungsbücherei 100 M., halbes Jahr in der Druckerei
auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Nach-
zahlung des Bezugspreises. Für die Abrechnung veran-
wortlich: H. Schubert, Kamen.

Nr. 266

Dienstag, den 13. November 1923

51. Jahrgang.

Frankreich gibt nach.

(W) Ministerpräsident Poincaré hat sich entschlossen, den Plan der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zu übernehmen. Er hat infolgedessen den französischen Delegierten bei der Reparationskommission, Barthou, beauftragt, Dienstag der Reparationskommission vorzuschlagen, ein Sachverständigenkomitee zu ernennen. Dieses Sachverständigenkomitee soll aus den Vertretern der Länder sich zusammensetzen, die im Reparationsausschuss vertreten sind.

Nach einer Mitteilung des diplomatischen Mitarbeiters der „Agence Havas“, der eine Umfrage in den beteiligten Kreisen veranstaltet hat, heißt es, der französische Ministerpräsident weigere sich keineswegs, mit Deutschland zu verhandeln, jetzt, wo der passive Widerstand aufgehört habe und vorläufige Verständigungen, die wegen der Sachlieferungen festgestellt wurden, verschoben seien dank der unmittelbaren Abmachung mit den deutschen Industriellen.

In einer Unterredung, die der polnische Vertreter des Londoner Daily Telegraph mit dem französischen Ministerpräsidenten hatte, erklärte dieser, die Entente hat und wird auch weiter den Schlüssel zur europäischen Ruhe in der Hand haben. Ohne sie ist eine rasche Lösung der internationalen Fragen unmöglich. Ich bin von der Notwendigkeit der Entente so sehr überzeugt, daß ich mich bereit erkläre, gegenüber den Verbündeten Frankreichs eine verständliche Haltung an den Tag zu legen. Aber ich muß vom Verfall der Vertrag und der Erwägung der Interessen meines Landes ausgehen. Der Friedensvertrag ist der einzige feste Punkt. Poincaré machte dann einige Angaben betreffend die Ruhrfrage und meinte: Insbesondere Frankreich ist im vollen Bewußtsein seiner Rechte und des Verfalls der Vertrag in das Ruhrgebiet eingelegt, nachdem die Verletzungen Deutschlands festgestellt und es dazu aufgefordert hatte. Bei diesem Unternehmen hat Frankreich im engen Einverständnis mit Belgien und Italien gehandelt. Nicht einen Augenblick habe es ausschließlich an seine eigenen Interessen. Man darf nie vergessen, daß es im Ruhrgebiet fünfjähriger Verbündeter handelte. Obwohl der Sieg über die Urheber des passiven Widerstandes zunächst restlos war, dachte ich nicht daran, aus ihm eigenen Nutzen zu ziehen und über die Verbündeten praktische Vorteile davonzutragen.

Der Wiederaufbau der Eisenbahnen.

(W) Reichsverkehrsminister Dörfel hatte für Montag die Präsidenten der Reichsbahnverwaltungen nach Berlin berufen, um mit ihnen eine Reihe von Fragen zu besprechen, deren Lösung angesichts der ersten finanziellen Lage des Reiches unverzüglich in Angriff genommen werden müsse. In eingehender Weise entwickelte der Reichsverkehrsminister sein Finanz- und Wirtschaftsprogramm, höchste Bedeutung soll unter Ausnutzung jedes technischen Fortschrittes mit geringem Aufwand an Personal erreicht werden. Die finanzielle Unterstützung durch das Reich in ständigen Betriebsausfällen mangels ungenügender Betriebsmaßnahmen muß wegfallen, wenn überhaupt wieder geordnete Verhältnisse im Reichsbahnausbau und damit in der Volkswirtschaft eintreten sollen. Erfahrungen und Arbeitsverfahren sollen mehr als bisher auch in der Reichsverkehrsverwaltung durch Einstellung auf Erfolgswirtschaft angewandt werden. Eine volle örtliche Dezentralisation der Verwaltung wird vorbereitet. An Vorträgen über die Durchführung des Personalabbaues und die angeordneten Sparmaßnahmen auf organisatorischem Gebiete schloß sich eine eingehende Aussprache über das weitere Vorgehen an.

Die Anhörung der deutschen Sachverständigen.

(W) Nach einer Havas-Meldung wird die Reparationskommission auch die deutsche Note vom 24. 10., in der die Kriegskostenkommission die Anhörung deutscher Sachverständiger über die Finanzierung des deutschen Reiches verlangt, wiederum prüfen. Der Vernehmung deutscher Sachverständiger steht jetzt nichts mehr im Wege. Der von der Reparationskommission ernannte Sachverständigenausschuss könnte die Vorschläge der deutschen Delegierten prüfen. Der Ausschuss müßte ferner die Bilanz der Hilfsquellen Deutschlands im In- und Auslande feststellen, und die Maßnahmen feststellen, die erforderlich seien, um die ins Ausland gebrachten Ka-

pitalien wieder zurückzuführen. Der Ausschuss müßte auch beschließen, in welchem Umfang die deutschen Hilfsquellen von jetzt ab für die Finanzierung der Reparationen verwendet werden könnten. Endlich müßte er sagen, in welcher Weise Deutschland für die Sanierung seiner Finanzlage sorgen müßte. Die Arbeit der Sachverständigen müßte sich auch auf die unmittelbare Zukunft beziehen. Die Legalität der Ruhrbesetzung dürfe nicht in Frage gestellt werden, auch dürfe deren wirtschaftliches Ergebnis (Wah!) nicht erörtert werden. Der Ausschuss könnte sich zusammensetzen aus 2 Delegierten der in der Reparationskommission vertretenen Länder, denen ein Finanzexperte für jedes Land zur Seite stehen könnte. Der Ausschuss müßte auch deutsche oder neutrale Zeugen vernehmen, sich nach Berlin begeben u.ä. Diese Kommission werde wahrscheinlich mindestens 2 Monate tagen. Schließlich hätte die Reparationskommission Entscheidungen zu treffen, die nach ihrer Ansicht geboten seien. Auf alle Fälle werde die Reparationskommission Deutschland keine Beträge erlassen können, da Artikel 234 des Versailler Vertrages dieses Recht nur den Regierungen zuerkennt. Dagegen werde die Reparationskommission Deutschland jeden Ausschub gewähren können, aber für fällig geordnete Beträge nicht über das Jahr 1923 hinaus.

Deutsch-französische Besprechungen wegen Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs.

Im Düsseldorf-Rathaus fanden am 9. 11. Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und den Vertretern der französischen Eisenbahngesellschaft statt, wegen der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs. Anwesend war außerdem ein Vertreter der Rheinlandsbahn und Vertreter der Wirtschaftsräte von Düsseldorf und Essen. Es handelt sich zunächst um eine Besprechung der Gesamtfrage in großen Zügen, also um eine Rahmenbesprechung, auf der die grundsätzlichen Fragen gestellt und Vereinbarungen für spätere Einzelverhandlungen getroffen werden sollen, so unter anderem über eine Ergänzung des Wagenparks. Die Franzosen fordern die Wiederherstellung des Wagenparks auf den Stand vom 1. 1. 1923. Sie behaupten, es seien noch 30.000 Wagen im unbefestigten Gebiet. Deutscherseits wurde dagegen erklärt, die Wagen seien zum größten Teil im besetzten Gebiet und könnten nur durch die Verschiebung der Bahnhöfe nicht an den Bestimmungsort gelangen. Der allgemeine Eindruck der Besprechungen ist, daß man sich verständigen würde. Die beiden Parteien seien einig, daß die Frage von grundsätzlicher Bedeutung für die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse im Rhein- und Ruhrgebiet sei. Ein Abschluß der Verhandlung ist für heute zu erwarten.

Besprechungen über die Lage des besetzten Gebietes.

Infolge des Buchdruckerstreiks ist heute nur der Vorwärts erschienen. Wie das Blatt mitteilt, empfängt der Reichsanwalt heute den 15. der Ausschuss der besetzten Gebiete, um mit ihnen über die Lage in den besetzten Gebieten zu beraten. Um 1/2 Uhr nachmittags sind die Parteiführer zur Streikversammlung, die er von Ergebnis der Besprechungen unterrichten und ihre Zustimmung zu den etwa zu fassenden Entschlüssen einholen will. Bereits am Montagabend befaßte sich eine Kabinettsitzung mit den heute zu erörternden Fragen.

Belgien droht mit Sanktionen.

(W) Agence Belge meldet: Da die belgische Regierung für die nach der Ermordung des Leutnants Graf von der Marck geschuldeten Reparationen eine Genehmigung erhalten hat, hat sie ihre Forderung erneuert und damit gedroht, daß wenn ihre Forderungen bis zu einem, von ihr bestimmten Zeitpunkt nicht erledigt sei, Sanktionen im besetzten Gebiet erlassen würden. (Nunmehrung des W. Z. B.: In der Angelegenheit der Ermordung des Leutnants Graf hat seine Zeit vor dem belgischen Kriegsgericht ein Prozeß stattgefunden, der mit der Beurteilung der angeklagten deutschen Beamten endete. In der Zwischenzeit haben sich andere deutsche Beamte der Tat bezichtigt, worauf gegen sie durch ein deutsches Gericht ein Verfahren eingeleitet worden ist, das noch nicht zum Abschluß gelangte. Bei dieser Sachlage war es für die deutsche Regierung selbstverständlich unmöglich der Reparationsforderung der belgischen Regierung Folge zu leisten.)

Zur Rückkehr des Kronprinzen.

Die Hofgastkonferenz hat Montag nachmittag um 5 Uhr eine Sitzung abgehal-

ten, um die eingegangenen deutschen Noten über die Militärkontrolle und die Rückkehr des deutschen Kronprinzen nach Deutschland zu prüfen.

Der diplomatische Berichterstatter von Havas meldet, daß die englische Regierung gestern in Paris habe wissen lassen, sie sei der Ansicht, daß die Frage der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland nicht von der Hofgastkonferenz zu behandeln sei, sondern auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege, durch unmittelbaren Meinungsaustausch zwischen den alliierten Regierungen. Die Hofgastkonferenz gestern nachmittag dauerte nur 15 Minuten, da die alliierten Teilnehmer keine Instruktionen erhalten hatten. Sie beschloßen, ihren Regierungen Bericht zu erstatten und am Mittwoch erneut zusammenzutreten.

Münchener Nachklänge.

(W) Zur Lage in München wird berichtet: In der Nacht zum Montag waren die Übergänge über die Isarbrücken durch Landespolizei gesichert. Die Passanten wurden einer Kontrolle unterzogen. Hinfahrten, die aus München Richtung Isar und Isar Richtung München ausgingen, liefen man ungehindert in die Stadt, da sie keine Waffen trugen. In der Stadt war der neue Aufbruch kläglich ausgefallen, um den sich zahlreiche Passanten drängten. Sonst war das Straßenbild fast wieder normal. Nur in der Ludwigstraße bildeten sich Gruppen, besonders von Studenten. Vormittags wurden auf verschiedenen Friedrichsden die in den letzten Tagen gefallenen Beamten der Landespolizei beerdigt. Außer Abordnungen und Hundertschaften der Landespolizei waren auch Vertreter der Regierung und der sozialistische Oberbürgermeister Schmidt erschienen.

Von den in den letzten Tagen festgenommenen Persönlichkeiten werden noch in Haft gehalten: Oberlandesgerichtsrat Boelmer, Oberamtmann Fritz, Hauptmann Weber, Major Strecker und Dr. Weber vom Land Oberland. Wie die „Bayrische Staatszeitung“ am Montag mitteilt, beklagt es sich, daß der Führer der Nationalsozialistischen Partei am Sonntagabend in einer Villa in Lising am Staffelei (nicht Starnbergersee, wie zuerst gemeldet) verhaftet worden ist. Wie die Zeitung berichtet, erfolgte die Verhaftung durch die Landespolizei in der Villa Hansjörg. Hier wurde im Automobil unter Bewachung abtransportiert. Er hat nur eine Prellung an der Schulter. — Auswärts verbreitete Meldungen über eine Ermordung des Generalstaatskommissars von Kahr entbehren der Begründung.

Nach privaten Mitteilungen des Wolffbüros hatten die Vertreter der Kampfbünde am Montag eine Besprechung mit dem Generalstaatskommissar von Kahr. Über das Ergebnis der Besprechungen verläutet noch nichts Bestimmtes. Gegenüber anderen laufenden Nachrichten wird von zuständiger Seite festgestellt, daß die Ausweisung lätiger Ausländer, besonders bedenklicher sozialistischer Elemente, fortgesetzt wird.

Demonstrationen der Münchener Studentenschaft und Nationalsozialisten.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus München fand am Montag mittag in der Universität eine Studentenversammlung statt, in der die Stimmung noch erregter war als Sonntag. Die beiden Redatoren der Universität und der Technischen Hochschule sowie 2 Professoren versuchten vergeblich auf die Studenten beruhigend zu wirken. Als erster Redner sprach Kapitän Ehrhardt. Er erklärte, er stelle sich an die Spitze der nationalen Revolution und bitte die vaterländischen Verbände, sich ihm anzuschließen. Später fand bereits außer seinen eigenen Organisationen der Bund Oberland und die Magbaren. Die große Mehrheit der Versammelten schloß sich ihm an. Hieraus zogen sie auf die Straße und versuchten einen Demonstrationsszug zu bilden, der aber von der Mehrzahl zerstreut wurde. Daraufhin erfolgte die Schließung der Universität auf drei Tage.

Der „Vorwärts“ berichtet aus Dresden, daß in Hof am Sonntagabend eine Demonstration von etwa 2000 Nationalsozialisten und Mitgliedern des Bundes Oberland stattgefunden habe. Plakate mit kläglichem Aufbruch wurden von den Plakatsäulen gerissen. In Hof drang die Polizei in eine Sitzung von Mitgliedern der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und führte die Anwesenden zur Feststellung ihres Namens zur Wache. Das vorhandene Material wurde beschlagnahmt. Auch in Würzen wurde am Sonntag ein „Deutscher Abend“ veranstaltet.

Beim Abhängen des Ehrhardtliedes kam es zu einem Angriff auf die überwachende Polizei.

General Ludendorff

veröffentlicht in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Erklärung, in der er sagt, daß seine ehrenwörtliche Verpflichtung am Freitag nach dem Blutbad vor der Reichsbank nicht in dem Sinne abgegeben worden sei, daß er auf eine weitere Teilnahme an der völkischen Bewegung verzichte. Er halte die völkische Bewegung allein für fähig, eine Genesung des Reiches herbeizuführen und werde sich ihr auch weiterhin widmen. Seine ehrenwörtliche Verpflichtung beziehe sich auf den Aufenthalt in München und auf die Enthaltung von staatsfeindlichen Bestrebungen. Diese ehrenwörtliche Verpflichtung habe er ohne Hintergedanken abgegeben.

Standrecht in Bayern.

Nach der durch folgende Verordnung über Bayern das Standrecht verhängt: 1. Mit dem Tode oder mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe wird bestraft 1. wer aus Anlaß der öffentlichen Zusammenrottungen einer Menschenmenge einen Brand legt, raubt, stiehlt, Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen begeht oder dazu anreizt, 2. wer es unternimmt mit Gefahr für die Allgemeinheit öffentliche Verkehrs- einrichtungen oder sonstige lebenswichtige Betriebe zu zerstören, zu beschädigen oder durch Ausperrung, Arbeitsniederlegung oder in anderer Weise zu hemmen. 3. wer mit der Waffe in der Hand im Kampf gegen die zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung aufgetretenen Polizeibehörden oder Mannschaften der bewaffneten Macht oder die zu deren Unterstützung zugezogenen Personen bestrebt wird.

2. Die Aburteilung erfolgt durch Standgerichte, die durch die Regierungspräsidenten im Bewein mit den Oberlandesgerichtspräsidenten gebildet werden. Sie bestehen aus drei unbescholtenen Männern, die über 30 Jahre alt sein müssen. Den Vorsitz führt ein Richter oder eine zum Richteramt befähigte Person oder eine andere unbedingt geeignete Persönlichkeit. Den Beisitzenden ist ein geeigneter Beisitzer, wenn möglich, eine zum Richteramt befähigte Person, zu bestellen. Das Standgericht hat innerhalb 24 Stunden nach der Ergreifung des Beschuldigten zu entscheiden. Das Standgericht darf ein Urteil nur dann fällen, wenn es die schwerste Strafe, nämlich die Todesstrafe, für verurteilt hält; andernfalls muß es die Sache an die Staatsanwaltschaft verweisen. Auf Verurteilung muß auch erkannt werden, wenn die Entscheidung nicht innerhalb 24 Stunden erfolgen kann oder wenn das Urteil nicht bestätigt wird. Das auf Todesstrafe lautende Urteil unterliegt keinem Rechtsbehelf, bedarf aber der Bestätigung durch den Generalstaatskommissar. Es wird nach der Bestätigung unverzüglich durch Erschießen vollstreckt.

Die Folgen des wilden Buchdruckerstreiks.

(W) Infolge des Berliner Buchdruckerstreiks hat die Herstellung verlässlicher Zahlungsmittel eine nicht unerhebliche Beeinträchtigung erfahren. Das gleichmäßige Vorgehen der privaten und öffentlichen Arbeitgeber bei der Einführung dieser Zahlungsmittel in den Lohnzahlungen ist infolgedessen in Frage gestellt. Bei der morgigen Lohnzahlung wird vielfach nicht in der vorgeschriebenen Höhe bezahlt werden können. Auch bei den Zahlungen des Reiches, der Länder und Gemeinden an Angestellte, Beamten und Arbeiter, und bei der Unterstützung der Erwerbslosen und Sozialrentner muß infolge Mangels an der erforderlichen Kleinfaktelung noch in Papiermark bezahlt werden.

Kottbuser Razzia.

Wie die Blätter melden, unternahm die Schutzpolizei in Kottbus am Sonntag gemeinsam mit der Kriminalpolizei eine Aktion gegen Personen, die in dem Verdacht stehen, hochverräterische Handlungen vorzubereiten. Dabei wurden in einem dortigen Gasthof drei auswärtsige Personen festgenommen, von denen zwei als Kuriere große Summen, zum größten Teil in Dollars, bei sich führten, welche für die genannte Bewegung bezw. deren Führer bestimmt waren. Es wurden 235 Dollars beschlagnahmt. Im Zusammenhang wurden bei anderen Personen, Mitgliedern der K. P. D., Kottbus, und in bekannten Versammlungsorten Durchsuchungen vorgenommen, wobei es zur vorläufigen Festnahme von 15 meist auswärtigen Führern der kommunistischen Jugend und mehrerer anderer Personen kam. Zahlreiches Altematerial wurde beschlagnahmt. Die Festgenommenen wurden vorläufig in Haft gehalten, drei von ihnen sind entlassen worden. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

General Hofmann über
Brest-Litowsk.

General Hofmann über
Brest-Litowsk.

Deutsches Papiergeld als Makulatur.

(Die Billionenmarke ist erreicht. Wenigstens hat der Reichsminister der Finanzen verfügt, daß Wechselsteuermarken bis zu 1 Billion Mark ausgegeben werden. Gleichzeitig

(Eichbildzwang für alle Reichsbahnzettelkarten.) In den letzten Monaten stetig steigender Forderung hat die Benützung der Wochen- und Monatskarten auf der Reichsbahn, besonders gegenüber den Einzelfahrkarten bedeutend billiger sind, immer mehr zugenommen. In Großheringer Stadt-, Ring- und Vorortverkehr

den höheren Lehranstalten in Vorkum ist für den Monat November 1923 Vorkum ist folgend festgelegt: Höhere Schulen einschließend: einheimische Schüler und Schülerinnen 2 Goldmark, auswärtige Schüler und Schülerinnen 4,50 Goldmark, Kindergarten 0,50 Goldmark, Mädchenmittelschule: einheimische Schülerinnen 1 Goldmark, auswärtige Schülerinnen 2,25 Goldmark. Um den einheimischen Kinderreichen Familien eine Entlastung zu gewähren, soll für das 2. Kind eines Erziehungsberechtigten eine Ermäßigung um 10 Prozent, für das 3. Kind um 50 Prozent eintreten, während jedes 4. und weitere Kind schulgeldfrei ist. Der in Papiermark zu zahlende Betrag wird in der Art gerechnet, daß der Goldmarkbetrag mit der jeweils am Tag

ellen, wo ihnen das Ergebnis bekanntgegeben wurde. **5** Düsseldorf, 12. Nov. (Verhaftung im Falchmünzergesellschaft.) Der Betriebsleiter Billy Steinbager, der Vertriebsleiter Heinrich Jansen, der Umdrucker Wilhelm Meyer, der Maschinemeister Ernst Vongatz aus Köln-Süd und die Einlegerin Johanna Göry kamen wegen Münzverbrechens in Haft. Sie haben in ein hiesigen Druckerel, in der sie beschäftigt waren, Vorgelege der Firma Rhönit W.-G. mit 5 Milliarden Mark in größeren Mengen hergestellt und in den Verkehr gebracht. Ferner haben sie versucht, 100-Milliarden-Scheine in Landkreises Düsseldorf zu drucken, an der Ausführung sie durch das Eingreifen der kriminalpolizei gehindert wurden. Die Falchmünzerei bestimmten Platten usw. wurden beschlagnahmt.

ade
Bra
MAGNET
4 U

Frankreichs Standpunkt zum Sachverständigenausschuß.

(W) Das französische Ministerium des Äußeren veröffentlicht eine ausführliche Erklärung über den französischen Standpunkt in der Frage des Sachverständigenausschusses. Diese Erklärung stellt eine Zusammenfassung der aus der französischen Pressepolitik bereits bekannten Weisungen dar. Zum Teil beruhen sie auf dem bekannten, vom Quai d'Orsay herausgegebenen Communiqués, das die Reparationskommission infolge Eingreifens des englischen Delegierten Bradbury Vorbehalte hinsichtlich der Auslegungsbefugnisse der Kommission zur Folge hatte. Die französische Regierung erklärt sich nochmals durch den Vertrag gebunden. Sie leitet aus Artikel 233 und 234 die Verpflichtung der Reparationskommission ab, in kurzen Zeitabschnitten die deutsche Zahlungsfähigkeit abzusichern, ohne daß dabei jemals eine Verbindlichkeit für die Zukunft festgelegt werden dürfe. Andererseits sei nach Artikel 234 für jeden Zahlungsnachschuß die besondere Ermächtigung der verschiedenen Regierungen erforderlich. In Frankreich würde für eine solche Ermächtigung durch die Regierung Vorsetzung sein, daß das Parlament ihr zustimmt. Die französische Regierung macht sich mit dieser Erklärung zum ersten Mal offiziell die Auslegung des § 13a des Anhangs 2 zum Abschnitt 8 des Friedensvertrages zu eigen, d. h., daß auf alle Fälle das Jahr 1930 die äußerste Grenze für den Zeitraum darstellt, für den das Sachverständigenkomitee eine Regelung vorsehen könnte. Wenn Deutschland, heißt es zum Schluß, seine Finanzlage vorherzusehen, so würde sich seine Zahlungsfähigkeit völlig ändern und eine neue Prüfung erforderlich machen. Die Sachverständigen müßten also zunächst die Bilanz der deutschen Hilfsquellen und zwar der äußeren wie der inneren, ziehen, d. h. in vollem Umfang die von Deutschland ausgeführten Kapitalien berechnen und ferner angeben, wie diese Hilfsmittel bereits für die Finanzierung der Reparationen nutzbar gemacht werden könnten, um endlich festzustellen, auf welche Weise Deutschland seine Finanzen wieder in Ordnung bringen könne. Es liege auf der Hand, daß eine solche Arbeit nicht auch die Aufstellung eines Zahlungsplanes auf lange Sicht oder eine Regelung der Reparationsfrage in solchem Umfang enthalten könnte.

Wir bedauern sehr.

(W) „New York Herald“ berichtet aus Washington, es sei bekannt, daß Präsident Coolidge sein tiefstes Bedauern über das Gelingen der Verhandlungen betr. den Sachverständigenausschuß zum Ausdruck gebracht habe. Er habe das Empfinden, daß Amerika nicht gemeinsam mit den Verbündeten zur Befriedung der deutschen Wirtschaftslage beitragen könne, wenn nicht alle einig seien. Der Präsident habe erklärt, daß die Zeit noch nicht reif sei, amerikanische Marktschätze zu geben, die die Verbündeten ohne Vorbehalt aufnehmen müßten. Coolidge sei der Ansicht, daß die Einschränkungen von Carreos die Sachverständigen zu einfachen Beobachtern der jetzigen deutschen Lage herabwürdigten. Innerhalb der nächsten 6 Jahre sei keine Veränderung dieser Lage in Deutschland zu erwarten. Die allgemeine Meinung im Kabinett sei dahin gegangen, daß angesichts der Erklärungen des Quai d'Orsay das Staatsdepartement seine eigene Position nicht aufgeben könne und sich völlig von der Angelegenheit zurückziehe. Das Bedauern in amerikanischen Kreisen ist allgemein, denn der Präsident und viele seiner Mitarbeiter hätten die Hoffnung gesetzt, daß eine unparteiische Untersuchung zur Aufstellung eines Zahlungsplans führen

würde und die Verbündeten instand setzen würde, sich nach einem mit den Zahlungen zusammenfallenden Zeitpunkt aus Deutschland zurückzuziehen. Ein derartiger Schritt hätte nach Ansicht der amerikanischen Regierung Deutschland die Möglichkeit gegeben, seine Wirtschaft in Ordnung zu bringen und Frankreich in großem Umfang der Notwendigkeit entzogen, selbst seine Reparationen von Deutschland zurückzuziehen. — (Das ganze Gebahren der Amerikaner, die während des Krieges nicht genug schreien konnten, „wir kämpfen für Recht und Freiheit der Völker“ ist nichts als übelste Heuchelei. Man kann schon, wenn man von der Vansees nur hört, schon Erbrechen bekommen.)

Wilder Buchdruckerstreik in Berlin.

(W) Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ist für das Druckereigewerbe der Spigenlohn für die Lohnwoche vom 3. bis 9. November endgültig auf 3,5 Millionen Mark festgesetzt worden. Für die Woche vom 10. bis 16. November wurde der Wochenlohn auf 25 Goldmark bestimmt, die soweit wie möglich in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt werden sollen. Dieser Schiedsspruch hat die Zustimmung der Beteiligten nicht gefunden. Es ist vielmehr in den Berliner Goldwertdruckereien ein wilder Streik ausgebrochen, der nicht von der Organisation, sondern von den Betriebsräten ausgeht. Die Goldwertdruckereien arbeiten. Die Vertreter der Arbeitgeber haben Samstag vormittag beschloffen, dem streikenden Personal folgendes zu eröffnen: „Das Personal hat unter Tarifkontraktbruch die Arbeit niedergelegt, trotzdem ein Schiedsspruch vom Reichsarbeitsminister gefällt worden ist. Wir erklären, daß wir diesen Schiedsspruch annehmen, und geben dem Personal bis heute Abend 6 Uhr die Wahl zwischen der Annahme des Schiedsspruches und der Fortsetzung der Arbeit. Wer die Arbeit nicht aufnimmt, wird als Streikender angesehen.“

Auf dem Landesparteitag der Deutschen Volkspartei nahm auch der Reichstanzler Stellung zu dem, die Notlage auszunutzen wolenden, Verhalten der Berliner Buchdrucker. Er verurteilte aufs schärfste den Streik in der Berliner Notendruckerei, der die Herstellung des wertbeständigen Geldes behindert und damit die schwierige Lage des Augenblicks noch verschärft. Die Regierung werde deshalb mit strengen Maßnahmen gegen diesen Streik vorgehen und rüchlos Entlassungen vornehmen, falls die Arbeit bis Montag nicht wieder aufgenommen werde.

Infolge des Streiks sind Sonnabend von den Abendblätter nur der Vorwärts und die Deutsche Zeitung erschienen. Der „Vorwärts“ schreibt zu dem Streik: So wenig er den Buchdruckern das Recht bestreiten wollte, ihren Kampf um wertbeständige Löhne mit dem ihnen notwendig erscheinenden Nachdruck zu führen, so wenig könne man es mit Rücksicht auf die augenblicklichen Folgen für die Allgemeinheit gutheißen, wenn die Notendruckerei auf diese Weise früher zum Stillstand komme, als es ohnehin geschehen müßte.

General von Seeckt erläßt für den Wehrkreis III (Berlin) eine Verordnung, wonach die Arbeitsniederlegung in allen Betrieben zur Erzielung von Bannnoten, Wertzeichen und solchen Materialien, die zu ihrer Herstellung erforderlich sind, verboten wird. Zuwiderhandlungen sowie Beizubehaltung Arbeitsniederlegung werden mit Strafen bedroht.

Der Lausanner Gesandtenmord.

Die Verhandlungen am Freitag vor dem Schwurgericht galt fast ausschließlich der Beschreibung der von der Verteidigung geladenen Zeugen, darunter fanden sich die Schweizer Contrab, eine Anzahl früher in Rußland wohnhafter Schweizer, eine Dame vom französischen Notar Kreutz, eine russische Prinzessin und Di-

ziere der Wrangelarmee, darunter der frühere Generalstabchef Grabter, die alle das Sowjetregime schwer belasteten. Sie schilderten auch ihre persönlichen Leiden und nahmen die „Weiße Armee“ gegen die Angehörigen der Sozialisten in Schutz. Ein Polizeirat aus Lausanne teilte mit, daß der viel erörterte Schritt der Lausanner Polizei bei der nationalen Liga um diese zur Einstellung ihrer Kundgebung gegen Woroschilow zu veranlassen, keinen offiziellen Charakter hatte.

Friz Chyssen.

Zu seinem 50. Geburtstag.

Friz Chyssen, der erst durch sein mannhaftes Auftreten in der ersten Phase der Ruhrbesetzung neben seinem Vater August Chyssen der Öffentlichkeit näher bekannt wurde und auch jetzt wieder durch seinen offenen, geraden Brief an General Degoutte die Aufmerksamkeit auf sich lenkte, beging am letzten Freitag seinen 50. Geburtstag. Er wurde am 9. November 1873 zu Mülheim a. d. Ruhr geboren, besuchte die Oberrealschule in Mülheim a. d. Ruhr und später in Duisburg. Nach Abschluß der Schule in Duisburg praktizierte er ein Jahr im Betrieb der Chyssenschen Stahl-, Buddel- und Walzwerke in Mülheim a. d. Ruhr und studierte dann von 1893–95 an der Technischen Hochschule in Charlottenburg, später in Vaihingen und London. Danach diente er als Einjährig-Freiwilliger beim westfälischen Regiment Nr. 7 in Düsseldorf, bei dem er auch seine Heirat machte und Heirats- und Landwehr-Offizier wurde. Er heiratete sich im Jahre 1900 mit Fräulein Maria Fuchselle und hat eine Tochter Anita geb. 13. April 1909.

Chyssen nahm Friz Chyssen, der bereits seit Dezember 1892 dem Grubenverband der Hamborner Unternehmen angehört, an der technischen und kaufmännischen Leitung der Chyssenschen Werke regen Anteil und befasste sich in erster Linie mit dem modernen Ausbau derselben und der Gründung und Ausbreitung der inländischen und ausländischen Handelsunternehmen des Chyssenschen Konzerns. Diefem Zwecke dienten auch mehrere Studienreisen, welche Friz Chyssen nach Amerika und Indien unternahm. Seine Liebeserfahrungen waren für die Entwicklung der gesamten deutschen Handelsbeziehungen in den letzten 10 Jahren von dem unglaublich verlaufenen Weltkrieg von herordentlicher Bedeutung. Den Kesselzug im Westen machte Friz Chyssen als Offizier bei einem Divisionsstab mit und mündete sich nach Kriegsende mit voller Kraft dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft. Als Ersatz für die durch den Krieg verloren gegangenen hochmodernen Fingerringe Sittenwerke wurde die Erneuerung und Erweiterung der Hamborner Werke in Angriff genommen; mit steigendem Erfolge griff er zugleich die alten, durch den Krieg unterbrochenen Handelsbeziehungen zum Ausland wieder auf.

In Anerkennung seiner Verdienste ernannte ihn die An. versität Freiburg zum Ehren doktor (Dr. jur. h. c.). Die Hamborner Stadtverordnetenversammlung wählte ihn zum Ehrenbürger, so daß Friz Chyssen neben seinem greisen Vater der zweite Ehrenbürger Hamborns ist.

Weitere Nachrichten.

— Das Opfer eines Straßenraubes. Nach der B. J. wurde in der Nähe seiner Wohnung in Großlichterfelde der Musikdirektor Gerbats von einem Wegelagerer, dem er die Herausgabe seiner Wertgegenstände verweigerte, durch einen Schuß schwer verletzt. Gerbats ist inzwischen gestorben. Der Täter ist unerkannt entkommen.

— Ein Goldschleier festgenommen. In Berlin wurden gestern vormittag bei dem aus dem Osten zugewanderten Uhrmacher Abraham Kiesel in der Barnimstraße Edelmetalle in Form von Münzen, Ringen und Barren, sowie 410 amerikanische Dollar und 33 Millionen Papiermark beschlagnahmt. Da Kiesel in dem Verdacht steht, Gold, Silber und sonstige Edelmetalle zu verschleichen, wurde er von der Kriminal-

polizei festgenommen und ins Polizeipräsidium eingeliefert.

— Feuer an Bord. Auf dem zur Abfahrt bereitliegenden deutschen Dampfer „Rhein“ entbrach aus unbekannter Ursache in dem auf Deck gelegenen Zelluloid eine Explosion, die sich schnell verbreitete. Es gelang schließlich des Feuers Herr zu werden. Die Deckbauten und die Takelage des Dampfers wurden zerstört, ebenso das Dach eines Schuppens am Hafen.

— Vermischtes. Im Zoo-Hilfsmittelwerk eignet sich bei einer Aufnahme ein Geräusch ein kurz an einer Kautschuk. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt. — In Glenrogers (Westvirginia) ereignete sich eine schwere Explosion. Hierbei wurden 12 Personen getötet. Man fürchtet für das Leben weiterer 30 Bergleute, die noch in den Gruben sind.

Kleine Nachrichten.

Der Reichspräsident hat den Oberbürgermeister Dr. Jarre-Mühlheim-Ruhr, Mitglied des preussischen Staatsrates, zum Minister des Innern ernannt.

In Königsberg und Breslau kam es gestern zu Plünderungen, deren größere Ausdehnung jedoch von der Polizei verhindert werden konnte.

Der zu 6 Jahren Gefängnis verurteilte frühere bulgarische Arbeiterführer Duparinoß sprang während des Transportes von Sofia nach dem Strafgefängnis aus dem Eisenbahnzug und versuchte zu fliehen. Der Zug wurde zum Halten gebracht und Duparinoß durch Schüsse der ihn verfolgenden Begleitmannschaft so schwer verletzt, daß er bald darauf seinen Geist aufgab.

Bereitschaften.

Ramen, 13. Nov. Das Konzert der Sänger-Vereinigung findet, da der Schützenhof-Saal noch nicht für eine Benützung zu Konzertzwecken frei ist, nicht am Sonntag, den 18. November, statt. Es wird darum auf Sonntag, den 2. Dezember, verlegt.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

Dortmund, 12. Nov. Aufgeliefert waren: 119 Stück Großvieh, 123 Kälber, 109 Schafe, 446 Schweine. Es folgten (1. Juni): Bullen: 1a. 270–300, 2a. 230–270, 3a. 150–270. Ferkel und Kühe: 1a. 200–300, 2a. 200–250, 3a. 250 bis 290, 4a. 200–250, 5a. 120–200. Kälber: 2a. 350, 3a. 300–350, 4a. 250–300, 5a. 130 bis 250. Weidemastschafe: 1a. 280–300, 2a. 150–280. Schweine: 1a. 400, 2a. 350–400, 3a. 350–400, 4a. 300–350, 5a. 200–300. Marktverlauf mittel. In den Preisen sind enthalten die Unkosten an Fracht, Viehhojgebühren, Umfahrgeld, Händlergewinn.

Wirtschafts-Zahlen.

1 Goldmark (Mittelfuß, 13. 11.)	150 000 000 000
1 Goldpfennig	1 500 000 000
Silber-Marktpreis (ab 5. 11.)	35 200 000 000
Dollar-Mittelfuß	630 000 000 000
Reichssteuer-Umrechnungssatz (12. 11.)	1 Goldmark 150 000 000 000
Steuerabzug-Multiplikator (11.–17. 11.)	300 000
Reichsbankdiskont	90%
Großhandelsziffer (6. 11.)	129 000 000 000
Lebenshaltungsindeks (5. 11.)	93 500 000 000
Buchhändler-Schlüsselzahl (ab 9. 11.)	160 000 000 000
Lohnmehrsatz für Reichsarbeiter	150 000 000
für Beamten	30 000 000
Postkartengebühr ab 12. 11.	5 000 000 000
Briefgebühr ab 12. 11.	10 000 000 000

Wetterbericht.

15. Nov.: Wenig verändert.
16. Nov.: Wolken, Regenfälle, gelinde. Teils Sonne.
17. Nov.: Veränderlich, gelinde.



Statt jeder besonderen Anzeige.

Am Samstag um 6 1/2 Uhr entschlief sanft nach kurzem, aber schwerem Leiden unser guter Sohn, Bruder, Schwager und Neffe

Emil Czaia

im blühenden Alter von 20 Jahren. Sein frühes Hinscheiden war der einzige Kummer, den er seinen Eltern bereite.

In tiefer Trauer:

Familie Emil Czaia.

Bergkamen (Am Wetterschacht) Oberaden, Bochum, Brakwede, Bielefeld und Brake, den 12. November 1923.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag 4 Uhr vom Krankenhaus zu Kamen aus statt. 3099

Dixin

das
Lebensnotwendige
Lebenspulver

Höchste
Waschkraft
Größte
Ergiebigkeit

MENDEL & CO.
DÜSSELDORF.

Briefpapier

zu haben in der

Buchhandlung
der Kamener
Zeitung.

Damen-Haar

kauft

W. Strinmann,
Damen-Salon,
Kamen,
Bahnhofstr.



Von heute mittag 2 Uhr an sind große und kleine

Schweine

zu haben bei

Heinr. Bonhoff jr.,

Dortmunderstraße Nr. 70,

Telephon Nr. 23.



Kamen, den 12. November 1923.

3160

Mit Rücksicht auf die Lohn- und Gehaltsempfänger wird der bisherige Multiplikator von 100 Milliarden bis Mittwoch, den 14. November, nachmittags 4 Uhr beibehalten werden.

Anzeigen

In der Kamener
Zeitung
haben stets Erfolg

Kamener Lichtspiele

Nur Dienstag und Mittwoch!
Der 2. Teil und Schluß des
grossen Detektiv-Films:

Söhne der Nacht

2. Teil. 5 Akte.

Die Macht der Liebe

5 spannende Akte.

— 2. — 3097

Wenn Männer

richten

Ergreifendes Drama in 6 Akten.

Mittwoch früh 9 1/2 Uhr:

Früh-Vorstellung

für die Mittagschicht.

Das Theater ist aufs
angenehmste geholt.

